

15. Januar 2005, 02:31, Neue Zürcher Zeitung

Städtisches Gewerbe klopft bei der Linken an

Interessengruppe im Parlament neu mit SP und ohne SVP

Gewerbepolitik gilt eigentlich als Domäne der Bürgerlichen. In Zürich sieht dies jetzt anders aus. Die vom städtischen Gewerbeverband initiierte neue KMU-Gruppe steht allen Parteien offen. Die SP hat die Einladung bereits angenommen, die SVP verweigert sich. Die zerstrittenen bürgerlichen Parteien hatten es nach den Wahlen 2002 nicht geschafft, die Gewerbegruppe des Gemeinderats zu reaktivieren.

mju. Von 1954 bis 2002 vertrat die Gewerbegruppe Gemeinderat im Zürcher Parlament die Anliegen der kleinen und mittelgrossen Unternehmen. Gewerbepolitik galt als deckungsgleich mit bürgerlicher Politik, in der Gruppe sassen traditionellerweise die bürgerlichen Gemeinderäte mit gewerblichem Hintergrund. Vor den Wahlen 2002 brach die Gruppe aber auseinander. Nicht nur waren ihre Mitglieder zermürbt von den Streitigkeiten unter den bürgerlichen Parteien. Die SVP weigerte sich auch, ein Positionspapier des Gewerbeverbands der Stadt Zürich (GVZ) zu unterschreiben, um im Gegenzug vom Verband in den Wahlen politische Unterstützung zu erhalten. Jetzt ist auf Initiative des Gewerbeverbands im Rat wieder eine Interessenverbindung für die Gewerbler gegründet worden. Nur: Weil die Bürgerlichen nicht mehr miteinander können, hat Verbandspräsident Richard Späh auch bei der Linken angeklopft - und bei der SP Gehör gefunden.

SP: Gewerbeverband auf richtigem Weg

Nach den Wahlen 2002, so erklärt Späh, wartete der GVZ zuerst ab, ob sich die Gewerbegruppe wieder formieren würde. Doch nichts geschah. Dem Verband wurde klar, dass ihm damit der politische Arm fehlt. Also wurde er selber aktiv und definierte in einem Workshop die Grundpfeiler einer KMU-Politik für die Stadt Zürich. Danach lud er die Parteien ein; am 1. September 2004 erfolgte die erste Sitzung der neuen Interessenvertretung namens «KMU- Gruppe Gemeinderat». In der zweiten Sitzung nahm auch eine Vertretung der Sozialdemokraten teil. «Der Gewerbeverband hat mit der Öffnung den richtigen Weg beschritten», erklärt SP-Fraktionschefin Judith Bucher die Präsenz ihrer Partei. Ein KMU zu führen, sei ja schliesslich keine rein bürgerliche Sache.

Die parteipolitische Öffnung der Gewerbepolitik hat nicht nur die Zerstrittenheit der Bürgerlichen zum Grund. In einer Erhebung machten die Verbandsmitglieder laut Späh deutlich, dass sie ein Politisieren über die Parteigrenzen hinweg wünschen. Ohnehin sei es nicht mehr so, dass nur Bürgerliche Kleinfirmen führen: «Es gibt immer mehr Kleinunternehmer, die der SP nahestehen», betont Späh. Judith Bucher ist nicht überrascht, dass sich die Gewerbepolitik in der Stadt Zürich nach links verlagert. Derartige Entwicklungen zeichneten sich seit längerem ab; bei der Mutterschaftsversicherung hätten der Schweizer Gewerbeverband und die SP schliesslich auch erfolgreich eine gemeinsame Lösung präsentiert.

Zu ihren besten Zeiten versammelten sich laut Späh bis zu 50 Parlamentarier in der Gewerbegruppe. In der neuen KMU-Gruppe sind ein rundes Dutzend aktiv. Neben der SP sind die FDP, die CVP und die EVP vertreten. Ausgerechnet aber die Partei, die sich als die Vertreterin des Gewerbes sieht, ist nicht dabei: «Die SVP hält nichts von dieser neuen Gruppe», macht Fraktionschef Markus Schwyn deutlich. Er findet es zwar begrüssenswert, dass sich das Gewerbe politisch Gehör verschaffen will. So, wie es der Gewerbeverband angehe, könne es aber nicht funktionieren.

SVP will Themen selber bestimmen

Schwyn stört sich an der Organisationsform der neuen Gewerbegruppe. Früher klopften deren Mitglieder die Traktandenliste des Gemeinderats auf Anliegen ab, die das Gewerbe betreffen. In der neuen Gruppe hat aber der Gewerbeverband stärker die Führung übernommen. Er lässt sich von den Gewerbeverbänden in den Quartieren und von den städtischen Berufsverbänden darüber orientieren, wo diese der Schuh drückt. Dann bereitet er Vorstösse vor und bringt diese in den Sitzungen der KMU-Gruppe ein. Kann sich die Gruppe einigen, stellen die Parlamentarier die Anliegen in ihren Fraktionen vor und suchen um Unterstützung nach. Das passt der SVP nicht: «Wir lassen uns nicht von irgendwoher Themen aufdrängen», macht Schwyn deutlich. In der Anfangsphase, so Späh, habe die SVP noch mitgemacht. Jetzt seien aber Berührungsängste da, weil man in den Sitzungen die Ideologie vor der Türe lassen müsse. Schwyn hingegen hält den überparteilichen Ansatz schlicht für blauäugig.

Trotz der Absenz der SVP gibt es laut Späh bereits erste Erfolge zu verzeichnen: Der Rat überwies zwei aus der KMU-Gruppe stammende Vorstösse diskussionslos. Im einen wird gefordert, dass die Stadt vermehrt Güterumschlagsplätze einrichten soll. Im anderen geht es um die kantonale Submissionsverordnung: Diese sieht nämlich einen gewissen Spielraum bei der Auftragsvergabe vor, und die Gewerbler bitten die Stadtverwaltung, diesen zugunsten der lokalen KMU zu nutzen. Auf einem der Vorstösse stehen auch die Unterschriften von SVP-Gemeinderäten. Späh ist darum zuversichtlich, dass sich die Partei doch noch zum Mitmachen entschliesst. Markus Schwyn lässt da allerdings wenig Hoffnung aufkommen: Die SVP überlege sich inzwischen gar, ob

sie generell keine Vorstösse mehr mitunterschreiben soll, die aus der neuen KMU-Gruppe stammen. Man würde sich dann damit begnügen, die Vorstösse allenfalls im Rat zu unterstützen.

Grüne wissen von nichts

Laut Späh wären auch die Grünen eingeladen. Sie wissen jedoch nichts von der neuen Gruppe, wie Fraktionschef Christoph Hug auf Anfrage sagt. «Ich habe jedenfalls keine Einladung erhalten.» Er persönlich könne sich allerdings «eher nicht» vorstellen, dass die Grünen mitmachen werden. Er halte es aber für legitim, dass das Gewerbe versuche, eine neue Lobby zu bilden.

Zwar gibt es eine Reihe von Grundsätzen, an die sich die Mitglieder der KMU-Gruppe halten müssen. Sie sind aber auch bei heiklen Themen wie etwa dem Flughafen oder dem Verkehr so offen formuliert, dass sich zumindest in der politischen Mitte kaum jemand daran stören kann. Das führt dazu, dass der kleinste gemeinsame politische Nenner nicht allzu gross ist. Dessen ist sich Späh bewusst; Ziel sei es nicht, eine Flut von Vorstössen zu generieren, sondern pro Jahr bis zu zehn gehaltvolle Anliegen im Rat zu deponieren.

Wie aber stehen die Überlebenschancen für die politisch so offene Gruppe? Noch sei sie ein zartes Pflänzchen, betont Späh. «Für eine Gewerbegruppe ohne die SVP sehe ich nicht allzu viel Zukunft», sagt Fraktionschef Schwyn, der selber Kleinunternehmer ist und den Gewerbeverband Wiedikon präsidiert. Christoph Hug von den Grünen fügt hingegen an, dass in der Stadt immer wieder erfolgreich über Parteigrenzen hinweg politisiert worden sei - etwa beim historischen Parkplatz-Kompromiss. Judith Bucher von der SP sieht im Abseitsstehen der SVP gar einen Gewinn - müsse man dann doch keine Themen mehr behandeln, bei denen Grabenkrieg herrscht.

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter: <http://www.nzz.ch/2005/01/15/zh/page-articleCIUJT.html>

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG
